

KERAMISCHER

VII / Nr. 9 BERLIN
27. Februar
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Herrmann Grünzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Das Gebot der Stunde: Arbeitsbeschaffung!

Der ADGB. fordert Arbeitsbeschaffung — Arbeitsbeschaffungspläne — Krisenkongreß

Die Arbeitsbeschaffung, das dringendste Problem für Deutschland, behandelte der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung am 15. und 16. Februar in Berlin. Was 6¼ Millionen darbender Arbeitsloser bewegt, wurde in die knappste Form gebracht und der Öffentlichkeit übergeben. Der berechtigten Forderung dieses zum

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigen-

den Weltwirtschaftskrisis durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes. Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Währung abgetan werden.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wiederherstellen.

Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen gezeitigt. An der Spitze der Pläne, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollten, stand und steht die erstmals vom Bundesausschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, haben aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist. Auch die Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

Eine zweite Gruppe bilden jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben.

Eine dritte Gruppe bilden die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, darunter verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadträndern anzusiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Ueberweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 Quadratmeter je Siedler, eine Zusatznahrung zu schaffen. Der ADGB. konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen, denn einen, wie es hieß „krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrand-siedlungen zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Gebt Arbeit!

30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen

der feuerfesten, der Chamotte-, Wandplatten-, Steinzeug- und Tonwaren-Industrie

leidet seit zwei Jahren schwer unter der Krise. Sie brauchen Beschäftigung und damit Verdienst. Wenn sie wieder einen Arbeitsplatz und Lohn erhalten, verzichten sie gern auf Unterstützung.

Diese 30 000 verlangen von den verantwortlichen Regierungsstellen, von den Unternehmern und von der Öffentlichkeit, daß alle Wege beschritten werden, die zur Arbeitsbeschaffung anregen und führen.

Arbeit ist dringend notwendig!

Sie hilft über die Not der Zeit hinweg!

Sie herbeizuschaffen, ist ein dringendes Gebot der Stunde!

30 000 verlangen Beschaffung von Arbeit!

Nichtstun verurteilten Millionenheeres auf Beschaffung von Arbeit wurde Ausdruck verliehen. In den bisherigen Notverordnungen der Reichsregierung, die angeblich zum Schutze der Wirtschaft erlassen wurden, blieb diese wichtige Frage unberücksichtigt. Da aber gerade die Notverordnungsperiode die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößerte und Staat und Volk Gefahr bringen, mußte nun die größte Arbeiterorganisation, der ADGB., dem dringenden Gebot der Stunde Nachdruck verleihen. Er brachte bisher schon — und wird das auch weiter tun — stets vernehmbar die Sorgen und Nöte der Arbeitslosen zum Ausdruck, und was er in dieser Beziehung fordert, findet sicher in den Kreisen der Betroffenen und Bedrohten millionenfachen Widerhall. Der Schrei nach Arbeit genügt aber nicht, wenn er von der Spitzenorganisation der organisierten Arbeiter ausgestoßen wird, er muß von allen Dörfern und Städten der Regierung und der Öffentlichkeit in die Ohren klingen und auch über die Grenzen hinweg in der Welt zu hören sein. Mit dem Schrei nach Arbeit muß aber auch Anklage gegen das versagende kapitalistische System — nicht etwa gegen ein politisches Parteiensystem — erhoben werden, das nicht mehr in der Lage ist, einem Drittel der arbeitenden Bevölkerung Beschäftigung und damit Lohn und Brot zu geben. Daran krankt unsere Zeit. Die Schäden liegen in der gestörten Funktion der Wirtschaft und in der verkehrten Weltpolitik.

Wie die Dinge liegen und was nach dieser Richtung getan werden muß, ist im nachstehenden Bericht und der einstimmig gefaßten und folgenden Entschließung enthalten.

Die in den letzten 1¼ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

den Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Proz.

Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Misserfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Belohnung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Besonders ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnungen erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemei-

In seinem großzügigen Ueberblick über die bisher aufgetretenen Pläne für die Arbeitsbeschaffung wies der stellvertretende Vorsitzende des ADGB., Wilhelm Eggert, nach, daß Deutschland, trotzdem es sich während des Jahres 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden im Außenhandel überaus günstig behauptet hat, sein Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen wachsen sah.

Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12 Prozent im Jahre 1928

50 000 fordern Arbeit!

50 000 Zement-, Kalk- und Gipsarbeiter

hatten seit 1929 nur Wochen oder höchstens einige Monate im Jahr Beschäftigung. Die längste Zeit waren sie arbeitslos.

In ihren Familien herrschen furchtbare Not und unfähiges Elend. Soll dieser Zustand so bleiben? Sollen die einst so fleißigen Hände weiter unfähig sein?

Regierung, Unternehmer und Öffentlichkeit,

diese Arbeitergruppen können und wollen die Arbeitslosigkeit nicht mehr länger ertragen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Hindernisse nicht beseitigt werden, die die Wirtschaft lähmen. Alle verantwortlichen Stellen haben Vorbereitungen zu treffen, damit im Frühjahr die Betriebe in Gang kommen.

50 000 Zement-, Kalk- und Gipsarbeiter erheben ihre mahnende Stimme zu dem vielfachendfältigen Ruf: **Schafft Arbeit!**

ist aber, wie Eggert weiter ausführte, auf 9 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eigenen Land, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder.

In der ersten Januarwoche 1932 waren nur noch 14,3 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bauwerksbundes in Arbeit, gegenüber 32,3 Prozent im Jahre 1931 und 44,5 Prozent im Jahre 1930.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung. Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorberatung befinden. Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die

schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abrüstung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltweite Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Pfundkrise 22 Länder sich der Verpflichtung entledigt haben, ihre Noten im Lande in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Bewirtschaftung der Devisen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von anderen Ländern erhebliche Zollerhöhungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Völkerbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist verlagert worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der Französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird. Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insonderheit die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Leipart faßte die Ausführungen Egerts in einem Appell an den Bundesausschuß zusammen, indem die unabwendbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand. Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen gelte uns heute der

Schrei nach Arbeitsbeschaffung

entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuscheuchen. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heißt unstrittige Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Krisenkongreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen des letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen. Im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und, wie es hieß, letzte verhängt wurde und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt

wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krisenkongreß zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Tarnow über Arbeitsbeschaffung

Das Versagen des Kreditsystems hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Bedeutet dies aber, daß wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muß so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden. Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat. Wir denken an die Beschäftigung von mehreren hunderttausend Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter u. a. m. von etwa 2 Milliarden Reichsmark erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen Reichsmark von vornherein durch die freiverdenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Reichsmark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1 1/2 Prozent bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine fühlbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Die Amerikaner versuchen jetzt, ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Auch sie suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Kreditausweitung. Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Kreditschöpfung sehr starke Meinungsverschiedenheiten, auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert uns daran, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszustellen. Darin sind wir uns auch einig. Das Finanzierungsproblem kommt dann ohnedem auf uns zu, es wird auch aus anderen Gründen sehr bald akut werden und wir müssen nur darauf achten, daß Maßnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.

Bachem für das Wagemann-Projekt

Der Direktor der Arbeiterbank, Genosse Bachem, führte aus: Wagemann ist bei seinem Projekt ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinssatz der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andere. Es ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zulauf der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute hatten die geldene Regel der Bank gebrochen. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt. Das ist die Ursache, die Finanzinstitute ist weitaus geschwächerter, das Geldkapital wird gehortet, und nicht als Einlage in die Wirtschaft gegeben. Dieses Mißtrauen verschärft die Krisenerscheinungen. In der modernen Wirtschaft spielt das Giralgeld eine besondere Rolle. Dieses Geld entsteht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditvertrages, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Versteifung und er glaubt, das Giralgeld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden.

Wie ist das möglich, insbesondere in der heutigen Situation? Die Deckung in Gold und Devisen sichert den Spitzenausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften, also den Ausgleich der

Zahlungsbilanz. Die Deckung muß sich also in erster Linie auf das Geld erstrecken, das diese Funktion hat. Welches Geld ist das? In erster Linie die große Note von 100 Reichsmark aufwärts und das Giralgeld. Vor allem das Giralgeld in Form von Schecks in der Währung des betreffenden Landes. Für dieses Geld muß eine Deckung vorhanden sein. Für den inneren Markt kommen fast ausschließlich die Scheidemünzen und kleinen Noten in Betracht, die ungefähr vier Fünftel des Geldumschlages ausmachen. Für den internen Geldumlauf ist eine Deckung in Gold und Devisen unnötig.

Es muß, so folgerte Wagemann, ein fester Block geschaffen werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 3 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, d. h. nur bis zu 500 RM angenommen werden



Mittelismus:
Seifenblasen, die vergehen,
Diktatursübel bleibt bestehen.

brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbeschränkt in Zahlung nehmen. Damit glaubt Wagemann das Scheidegeld und die kleinen Noten vor Untorwertigkeit zu schützen.

Nun ist der Einwand erhoben worden, daß dieser Plan inflationistische Wirkung habe. Er sieht aber keinerlei Vermehrung des Notenumslages vor. Die Illiquidität der Banken ist bekanntlich zum wesentlichen Teil verursacht durch die Verschuldung der öffentlichen Hand. Wagemann schlägt nun vor, daß die öffentliche Hand besondere Obligationen ausgibt, die von den Gläubigerinstituten durch Vermittlung eines Reichsinstituts über Reichsbank zugeleitet werden. Diese gibt dagegen in erster Linie die von dem betreffenden Finanzinstitut eingereichten Finanzwechsel und falls darüber hinaus noch eine Spanne bleibt, eigene Akzepte oder Warenwechsel zurück. Nur ein dann etwa verbleibender Rest wird auf Girokonto gutgeschrieben.

Mit dieser ewigen Schuld soll nicht eine Vermehrung des Geldumschlages geschaffen werden. Erreicht wird damit eine Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse, der Wechselreiterei wird ein Ende gesetzt und eine klare Unterlage geschaffen.

Eine wesentliche Bremse gegen inflationistische Wirkungen ist durch die Kontrolle über das Giralgeld gewährleistet. 10 Proz. der Giralguthaben der Finanzinstitute müssen durch Guthaben bei der Reichsbank gedeckt sein.

Mit der Währungsreform soll Hand in Hand gehen die Einrichtung besonderer Giralinstitute bei den Banken.

Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Plans eine Aufhebung der gefrorenen Geldleitungen.

Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des gehorteten Geldkapitals, und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Nach Naphtali ist die Krise international

Naphtali (Forschungsstelle) meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß, als geschehen ist. Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politi-

schen Beruhigung. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß.

Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Kreditschöpfung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann.

Demgegenüber scheint es mir notwendig, auf dem normalen Anleihewege des öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt, und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch gute Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Die Aussprache

Tarnow verteidigte noch einmal gegenüber den Einwänden Naphtalis den von ihm vertretenen Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgesehene Finanzierung. Gewiß muß versucht werden, auch international nach einer Lösung zu suchen, aber das schließt weder aus, daß auch im Rahmen der nationalen Wirtschaft konstruktive Lösungen gefunden werden müssen. Das deutsche Kredit- und Währungssystem wird, wenn nichts Eingreifendes unternommen wird, die Belastungsprobe nicht aushalten. Die Defizite in den öffentlichen Haushalten wachsen, der Außenhandel schrumpft ein. Wie sollen wir, wenn diese Entwicklung fortschreitet, die Zahlung von jährlich 1,6 Milliarden aufbringen, zu denen uns das Stillhalteabkommen verpflichtet? Währungs- und kreditpolitische Maßnahmen werden bestimmt kommen, aber es ist viel gefährlicher, wenn sie auf Entschlüssen beruhen, die von Tag zu Tag gefaßt werden, als wenn sie planmäßig vorbereitet sind. Eine Inflationsgefahr besteht nur subjektiv. Die Ereignisse des Sommers haben gezeigt, daß sie relativ schnell überwunden werden kann, wenn nicht eine Steigerung der Preise eintritt, wenn die befürchtete Inflation tatsächlich gar nicht kommt. Eine objektive Inflationsgefahr kann sich aus der Durchführung des von Woytinsky, Baade und mir vertretenen Planes nicht entwickeln. Dagegen kann sie sich aus den Folgen der Deflation zwangsläufig ergeben. Denn die Deflation ruiniert die Wirtschaft wie die öffentlichen Haushalte und kann sehr leicht — wenn sich kein Ausweg mehr aus der Finanznot bietet — in die eigentliche Inflation umschlagen, nämlich in die Geldschöpfung für die Zwecke der öffentlichen Haushalte. Der normale Anleiheweg steht nur offen, wenn das Kreditsystem normal funktioniert. Zwangsanleihen aber könnten in der heutigen Situation katastrophale Wirkung auf die Wirtschaft haben. Wir müssen daher in einer außergewöhnlichen Situation auch den Mut haben, für außergewöhnliche Maßnahmen einzutreten.

In der weiteren Aussprache würde die Bedeutung des internationalen Mißtrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne.

Die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere im Baugewerbe, zeigt schlagend, daß die öffentliche Hand eingreifen muß, gerade auf dem Gebiet der Bauwirtschaft, ohne deren Belegung die Ankurbelung der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen kann. Talsperren, Straßen, Deich- und Brückenbauten, insbesondere Ueber- und Unterführungen bei Eisenbahnen zur Sicherung des Verkehrs usw. sind solche Aufgaben. Gegen das Siedlungswesen ist nichts einzuwenden. Wenn aber gesiedelt wird, müssen die Siedlungsbauten nicht unter Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchgeführt werden.

Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Inflationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden. Aus ihr würden über zwei Milliarden Reichsmark gewonnen werden, die zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie zu einem Teil auch für den Wohnungsbau verwendet werden könnten.

In der Miete ist ein Reparaturanteil von mindestens 22 bis 23 Proz. enthalten, der (Fortsetzung auf Seite 53.)



Uneinige Kelchglasindustrielle

Es ist kein Geheimnis, daß in der Weißhohlglasindustrie seit Jahren gegenseitig Preiskämpfe toben, die kaufmännisch und volkswirtschaftlich nicht mehr zu verantworten sind. Im Bestreben, die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten, greift man bei der Preisbildung zu Mitteln, die oftmals einem unlauteren Wettbewerb gleichgestellt werden müssen. Die teilweise noch herausgegebenen Preislisten für die einzelnen Zweige der Weißhohlglasindustrie sind derartig verschwommen, daß schon ein kaufmännisches Genie dazu gehört, um sich überhaupt darin zurechtzufinden. Auf den Listen erscheinen die Preise vom Jahre 1925 respektive 1926, mit Skontoabschlägen von 45 bis 65 Prozent. Besonders kraß zeigen sich die Verhältnisse in der Konservenglas-, Preßglas- und allen Dingen aber in der gleich- und Kristallglasindustrie. Den Ratschlägen der Gewerkschaften, gesunde Preiskonventionen ohne monopolistischen Einschlag für die einzelnen Wirtschaftszweige der Hohlglasindustrie zu schaffen, folgte man bedauerlicherweise bislang noch nicht. Die Vorschläge der Gewerkschaften in der Frage der Bildung von Preiskonventionen weichen durchaus nicht von der eingehaltenen Linie der freien Konkurrenz und des Freihandels allgemein ab; denn wenn wir, wie in der Weißhohlglasindustrie sehen, daß die gegenseitigen Preiskämpfe nur auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefragt werden, und zu keiner arbeitsmarktpolitischen Belebung innerhalb der Industrie geführt haben, zum Gegenteil, der Versuch der gegenseitigen Uebervorteilung zur Verschärfung der Krise beiträgt, dann müssen Wege eingeschlagen werden, die volkswirtschaftlich vertretbar sind.

Die 4. Notverordnung hat mit ihren Preissenkungsvorschriften die Unruhe im allgemeinen am Markt, im besonderen aber bei der uneinigen Weißhohlglasindustrie, verstärkt. Der einschlägige Fachhandel ist bei Erteilung von Neuaufträgen bis zum heutigen Tage stark zurückhaltend gewesen, immer noch in der Erwartung, die Preissenkung werde durch gegenseitigen Konkurrenzkampf noch mehr gefördert. Wenn die Leipziger Messe nicht eine gewisse Klarheit und Stabilität in der Auftragserteilung bringt, dann werden die kommenden Monate für die Industrie und ihre Arbeiter nicht rosig ausschauen.

Von gut unterrichteter Seite haben wir in Erfahrung bringen können, daß die Kelchglasindustriellen Deutschlands, bis auf zwei Ausnahmen, am Montag, dem 8. Februar, in Frankfurt a. M. zu einer Sitzung zusammengekommen sind. Als Zweck der Sitzung sollte die gegenseitige Information über Herstellungspreise der einzelnen Artikel in der Kelchglasindustrie dienen. An Hand der Herstellungspreise in den einzelnen Firmen, unter Berücksichtigung der Arbeitsarten, wollte die Konferenz zur Feststellung von Mindestverkaufspreisen für die einzelnen Artikel gelangen. Die Konferenz scheint nicht gerade sehr harmonisch verlaufen zu sein, denn in den ersten Stunden haben sich die Firmen gegenseitig über Preisunterbietungen herumstreiten müssen, ohne dem Zweck der Konferenz näherzukommen.

Die Preisangebote verschiedener Firmen der Kelchglasindustrie am deutschen wie am Weltmarkt müssen wesentlich unter dem Gestehungspreis gelegen haben. Es sind uns dafür für einzelne Artikel folgende Gestehungskosten angegeben worden:

Der sogenannte „Kehlrömer“ hat durchschnittlich in der Vorkriegszeit 45 Pf. pro Stück gekostet, währenddem heute ein Preis von 25 Pf. üblich ist.

„Weinkelche“ mit Stempel und Kelch, die früher 34 Pf. gekostet haben, werden heute teilweise sogar geschliffen für 16 bis 18 Pf. abgegeben.

Der sogenannte „Kampfrömer“ wird mit 16 Pfennig pro Stück angeboten, währenddem verschiedene Firmen als Gestehungspreis 16½ bis 17 Pf. zugrunde legen. Dabei haben bei einem Preis von 16 Pf. verschiedene Betriebe erklärt, sie nehmen für diesen Preis jeden größeren Posten als Bestellung entgegen.

Aktien abgestoßen

Im „Berliner Tageblatt“ ist zu lesen:

Die Gelsenkirchener Bergwerks AG. hat einen Teil ihres Aktienbesitzes an der Crengeldanz Glasfabrik AG. in Witten-Crengeldanz abgestoßen. Erwerber des Aktienpaketes ist die Tafel-Salin- und Spiegelglasfabrik AG. Fürth in Bayern, die im Auftrag des Vereins deutscher Tafelglasfabriken in Frankfurt am Main handelt. Es wird ein Austausch der beiderseitigen Lieferungsquote im Syndikat und eine enge technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Gelsenkirchen hatte bei der Umgründung der Crengeldanz Fabrik, die früher Gebrüder Müllensiefen firmierte, im Jahre 1930 ein größeres Aktienpaket übernommen, um seine Gaslieferungsverträge an die Firma sicherzustellen. Es wird versichert, daß die Mehrheit der Gesellschaft auch jetzt noch im Besitz von Gelsenkirchen bleibt und an das Tafelglas-Syndikat lediglich eine Aktienminorität abgestoßen worden ist. (Dennoch bedeutet der Vorgang, daß auch dies Werk unter dem direkten Einfluß des Syndikats gelangt.) Die Syndikatsquote der Crengeldanz Fabrik beträgt 12 Prozent. Eine Stilllegung des Werkes scheint nicht in Frage zu kommen, da, wie von Gelsenkirchen erklärt wird, die Gaslieferungen auch weiterhin gesichert bleiben. Die Crengeldanz Fabrik arbeitet nach dem sogenannten Foucault-Verfahren. Der Verkaufspreis für Gelsenkirchen soll sich recht günstig stellen.

Wir würden gegen Preisherabsetzungen im Interesse der Volkswirtschaft und der Konsumenten nichts einzuwenden haben, wenn tatsächlich mit den geforderten Preisen einigermaßen die Rentabilität im Betriebe sichergestellt würde. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein, und man versucht, um im Geschäft zu bleiben oder die Konkurrenz ausschalten zu können, die Gestehungskosten vor allen Dingen bei gedrückten Löhnen noch herabzusetzen. Kaum war die Konferenz der Kelchglasindustriellen vorüber, da versuchten Industrielle in einigen Betrieben, trotz der allgemeinen Lohnsenkung nach der 4. Notverordnung, Änderungen bei Akkordstücklohnpreisen durchzuführen, und immer mit der Begründung, es müsse dies geschehen, um der Konkurrenz standhalten zu können. Wir könnten an dieser Stelle diese Firmen namhaft machen, wollen es im Augenblick jedoch unterlassen; zumal wir strikte Anweisung gegeben haben, unter keinen Umständen die Akkordstücklohnsätze während der Laufdauer des Vertrages noch zu verändern. In den letzten Tagen sind auch Aufträge vom englischen Markt wieder eingegangen. Die Akkordpreise, die dafür geboten werden, geben keine Gewähr, daß die qualifizierten Kelchglasmacher nur einigermaßen den Richtlohn verdienen können. Erkundigungen unsererseits haben ergeben, daß die Preisangebote des Auslandes nur einen Abschlag nach den Vorschriften der 4. Notverordnung enthalten sollen. Es scheint demnach so zu liegen, daß auch verschiedene Firmen ungerechtfertigterweise Reduzierungen der Akkordstücklohnpreise verlangen.

Ein wichtiges Urteil

Ende Dezember wurde vom Arbeitsgericht in Regensburg ein äußerst wichtiges Urteil in bezug auf die Festsetzung von Stücklohnsätzen ohne Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung gefällt. Da das Urteil von Allgemeininteresse ist, bringen wir es der Kollegenschaft zur Kenntnis:

Urteil:

1. Die Festsetzung der am 7. August 1931 vorgenommenen Stücklohnsätze von 80 Pf. pro 100 Stück Kampfrömer Nr. 208/12 durch die Beklagte ohne Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung ist rechtsunzulässig.

Die Beklagte hat die Berechnung nach den alten, bisher bezahlten Sätzen vorzunehmen.

2. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Der Streitwert wird auf 100 bis 200 RM und die Gerichtsgebühr auf 6 RM festgesetzt.

gez.: Falk, H. Danzer, J. Maier.

Gründe:

Die Beklagte führte in ihrem Betriebe im Juni 1931 den Kampfrömer Nr. 208/12 ein, der zuerst mit 1,34 RM pro 100 Stück entlohnt wurde. Ab 7. August 1931 wurde ohne weitere Vorankündigung dieser Artikel nur mit 80 Pf. von der Beklagten bezahlt. Es fanden dann Verhandlungen zwischen der Beklagten und dem Zeugen Weghofer sowie dem Betriebsrat Schwarz statt, auf die jedoch nicht weiter einzugehen ist, weil eine Einigung über den Lohn von 80 Pf. pro 100 Stück nicht erzielt wurde.

Die Konferenz von Frankfurt a. M. ist an der Uneinigkeit der Arbeitgeber erfolglos geblieben. Einig handelte die Unternehmer nur immer dann, wenn es gilt, gegen die Interessen der Arbeiter vorzugehen. Wir bedauern, daß die Sitzung der Kelchglasindustriellen nicht gewisse Richtlinien für Herstellungskosten resp. Mindestverkaufspreise hat finden können, zumal auch wir der Auffassung zuneigen, daß trotz Intensivierung der Arbeitsleistung und technischer Ausgestaltung der Betriebe oftmals mit den jetzigen Verkaufspreisen die Unkosten nicht gedeckt werden können. Daß ein derartiger Zustand allgemeinschädigend sich auswirkt, sehen wir an den vielen Betriebseinschränkungen usw. Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen werden jedenfalls Gelegenheit nehmen, und zwar unter Hinweis auf die Vorgänge von Frankfurt a. M., weitere Versuche auf Verschlechterungen ihrer Tarifbedingungen abzulehnen. Der Uneinigkeit der Arbeitgeber muß die Einigkeit der Arbeitnehmer Vorbild werden.

Mit Klage vom 7. Oktober 1931, zugestellt am 15. Oktober 1931, verlangt Klagepartei, der die Schleifer angehören, durch Urteil zu erkennen:

1. Die Festsetzung der Stücklohnsätze ohne Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung ist rechtsunwirksam.
2. Die Firma hat die Berechnung nach den alten bestehenden Sätzen vorzunehmen.
3. Die Firma hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Zur Begründung ist angeführt: Nach den Bestimmungen des § 7b des Reichsmanteltarifvertrages für die Deutsche Weißhohlglasindustrie, allgemeinverbindlich erklärt am 1. April 1927 unter Nr. III b 3007/31, erfolgt die Herstellung und Verarbeitung aller Glaswaren zu den errechneten bzw. für neue Sorten noch zu errechnenden Stücklohnsätzen.

Die Festsetzung neuer Stücklohnsätze und die Neufestsetzung von Stücklohnsätzen bei Aenderung der Arbeitsart unterliegt der betrieblichen Regelung und der Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Die Herabsetzung des Lohnes von 1,34 RM auf 0,80 RM sei ohne rechtlichen Grund und tarifwidrig erfolgt.

Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage und führte dazu aus, daß bei einem Preise von 80 Pf. der Richtlohn nicht nur erreicht, sondern sogar etwas überschritten wurde, und daß der eingegangene Auftrag nur auszuführen war, wenn ein Preis von 80 Pf. zugrunde gelegt wurde; von dem Betriebsrat sei trotz Darlegung dieser Verhältnisse keine Erklärung abgegeben worden. Im übrigen wird wegen des Vorbringens der Beklagten

Es stimmt, wie noch bemerkt werden mag, auch nicht die Behauptung der Beklagten, daß bei einem Lohne von 80 Pf. der von ihr zu-gegebene Richtlohn von 42,95 RM erreicht wird oder gar etwas überschritt. Aus der übergebenen Lohnaufstellung erhellt, daß die Arbeitslöhne nicht allein auf den Kampfrömern, sondern auch auf anderen in der gleichen Zeit angefertigten Artikeln basieren, sonst könnte der Schleifermeister Schmidt nicht bei einer Anzahl von nur 1542 Kampfrömern einen Verdienst von 98,13 RM in zwei Wochen aufweisen, wenn er bei einer Anzahl von 8278 Stück Römern nur 86,87 RM in der gleichen Zeit verdiente. Daraus geht hervor, daß der Schleifer den Richtlohn niemals erreichen kann, wenn er nur Kampfrömer in der Lohnperiode anfertigt. Berücksichtigt werden muß dabei auch, daß nur die Meister diese hohen Löhne erreichen können, während die anderen Arbeiter, die doch auch als vollwertige Arbeiter zu gelten haben, nur Prozente des Meisterlohnes erhalten haben.

Wie oben bemerkt, war deshalb der Klage stattzugeben. Es wurde nur eine genauere Fassung statt des Klageantrags gewählt. Ein Anlaß zur Zulassung der Berufung bestand bei der einfachen Sachlage nicht.

Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts.
gez.: Falk, Amtsgerichtsrat.

Verkündet am 24. Dezember 1931.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.
gez.: Schuster.



Arbeits- und Lohnverhältnisse in der deutschen feinkeramischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung der tarifvertraglichen Entwicklung*)

Mehr und mehr befassen sich Volkswirtschaftler auch mit kleineren Industriezweigen und tragen damit zur Uebersicht über sie bei. Eine Zusammenfassung von wichtigem Material über die feinkeramische Industrie, besonders über die tarifvertragliche Entwicklung der Arbeits- und Lohnverhältnisse enthält auch die Schrift von Dr. Rudolf Kügemann. Das 130 Seiten umfassende Büchlein ist eine Doktorarbeit, aber eine solche, die man lesen kann, die verständlich ist für den einfachsten Arbeiter, in der ich möchte sagen mit Liebe — alle wichtigen Begebenheiten festgehalten wurden, die vorhanden sind und zu erlangen waren. Die Schrift ist volkstümlich gehalten.

Sie ist so aufgemacht, daß anfangs eine Uebersicht über die Zahl der Arbeiter und Betriebe, über die Verteilung der Industrie auf die einzelnen Produktionsgebiete im deutschen Reich, und über Standortfragen, sowie über den erheblichen Teil der Handarbeit an der Fabrikation, den Anteil der Löhne an den Gestehungskosten, gegeben ist. Es sind darin alle zu erlangenden Statistiken der Arbeiter sowie der Unternehmerorganisationen verarbeitet und auch die gegenteiligen Auffassungen erwähnt. Bei den Statistiken besteht im wesentlichen eine Uebereinstimmung. Meist stimmen die Ermittlungen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen überein. Nur der von Professor Dr. Vershofen errechnete Anteil der Löhne an den Gestehungskosten wird von der Arbeiterseite heute noch heftig bestritten, das ist auch vom Verfasser hervorgehoben.

*) Wirtschaftstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. Herausgegeben von Dr. Georg von Schanz. Arbeits- und Lohnverhältnisse in der deutschen feinkeramischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung der tarifvertraglichen Entwicklung. Von Dr. Rudolf Kügemann, Diplomwirtschaftler und Diplombauingenieur. Leipzig-A., Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Dr. Werner Scholl, Königstr. 17. Preis 0,80 RM.

Der Verfasser betont in seinem Vorwort, daß seine Arbeit keine Parteischrift zugunsten der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer sei, das stimmt, aber getreulich gibt er die Auffassungen der beiden Richtungen kund, wodurch eben das Bild abgerundet, ja vollkommen wird.

Die Darstellung von der geschichtlichen Entwicklung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der deutschen feinkeramischen Industrie zeigt den ganzen Werdegang der Dinge. Dieses Kapitel ist äußerst interessant. Die wichtigsten Punkte sind festgehalten, und man kann einwandfrei daraus erkennen, wie und unter welchen Umständen die Tarifverträge gegen den starken Widerstand der Unternehmer geworden sind, und welche großen Wert sie für die Arbeiter darstellen. Alle die, die oft überlegt sagen, was haben wir denn noch davon, wir verlieren doch nichts, wenn die Tarifverträge verschwinden, sollten dieses Kapitel lesen. Dort ist festgehalten, daß 1917 in Bayern Brausearbeiterinnen 22 bis 23 Pf., Hilfsdreherinnen 21 bis 25 Pf., Schleiferinnen 12 bis 23 Pf., Putzerinnen 20 bis 23 Pf., Sortiererinnen 16 bis 23 Pf., Druckerinnen 18 bis 25 Pf., Malerinnen 11 bis 23 Pf., Kapseldreherinnen 25 bis 29 Pf., Glasiererinnen 19 bis 25 Pf. in der Stunde verdienten. Das waren noch Löhne aus den Friedensjahren. So stand es einst bei den Porzellanarbeiterinnen. Die Löhne sind gewiß auch heute wieder sehr knapp, aber bei einem Vergleich geht daraus hervor, daß wir eben mit der tarifvertraglichen Regelung ein ganzes Stück weiter gekommen sind. Darüber werden noch weitere Bestätigungen gebracht.

Recht sonderlich und fast mittelalterlich mutet es einem an, wenn man liest, wie die Kriegsmantel Nürnberg in ihrem Bericht an das Kriegsamt in München die Lohnbewegung der Porzellanarbeiter im Jahre 1917 ansah. Dr. Kügemann entnahm darüber aus den Akten:

„Nachdem nun der Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes wiederholt ohne Erfolg versucht hatte, mit dem Schutzver-

auf deren Schriftsatz vom 12. Dezember 1931 Bezug genommen.

Die Beklagte bestreitet nicht, daß für sie der § 7b des Reichsmanteltarifvertrages maßgebend ist. Dieser hat den in der Klage behaupteten Wortlaut. Diese Bestimmung besagt nun, daß nur unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung die Festsetzung neuer Stücklohnsätze erfolgen kann, aber nicht einseitig, wie die Beklagte ab 7. August 1931 beliebte, indem sie statt des vorher bezahlten Preises von 1,34 RM auf 80 Pf. zurückging. Die Festsetzung eines Stücklohnsatzes von 80 Pf. ist deshalb nach § 7b des Tarifvertrages nicht rechtmäßig. Aber auch aus dem Gesichtspunkte des Arbeitsvertrages konnte die Beklagte nicht einseitig den Lohn ändern. Denn durch die Zahlung von 1,34 RM pro 100 Stück war die Beklagte die bindende Verpflichtung eingegangen, für die Kampfrömer diesen Preis weiter zu zahlen. Solange das Arbeitsverhältnis bestand, konnte die Beklagte den Lohn nicht reduzieren. Es ist auch keine Einigung mit den einzelnen Schleifern zu dem geringeren Lohn erfolgt. Denn gerade durch die Verhandlungen des Betriebsrates, die nicht zu einer Einigung führten und die Angaben des Zeugen Weghofer, daß die Schleifer nicht zu 80 Pf. arbeiten wollen, dagegen bereit wären, zu 1,25 RM die Römer zu fertigen, ist der Wille der Arbeiter darzulegen, ihre Rechte aus dem Arbeitsvertrag aufrechtzuerhalten. Aus diesem Gesichtspunkte heraus erweist sich der Anspruch der Klagepartei gerechtfertigt, und es war der Feststellungsklage stattzugeben. Da die Beklagte nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, war die Feststellungsklage zuzulassen. Uebrigens hat die Beklagte selbst eingesehen, daß sie nicht einseitig die Arbeitsvertragsbedingungen abändern kann und hat Ende November sich mit den Arbeitern auf einen Preis von 1,10 RM pro 100 Stück geeinigt.

Es stimmt, wie noch bemerkt werden mag, auch nicht die Behauptung der Beklagten, daß bei einem Lohne von 80 Pf. der von ihr zu-gegebene Richtlohn von 42,95 RM erreicht wird oder gar etwas überschritt. Aus der übergebenen Lohnaufstellung erhellt, daß die Arbeitslöhne nicht allein auf den Kampfrömern, sondern auch auf anderen in der gleichen Zeit angefertigten Artikeln basieren, sonst könnte der Schleifermeister Schmidt nicht bei einer Anzahl von nur 1542 Kampfrömern einen Verdienst von 98,13 RM in zwei Wochen aufweisen, wenn er bei einer Anzahl von 8278 Stück Römern nur 86,87 RM in der gleichen Zeit verdiente. Daraus geht hervor, daß der Schleifer den Richtlohn niemals erreichen kann, wenn er nur Kampfrömer in der Lohnperiode anfertigt. Berücksichtigt werden muß dabei auch, daß nur die Meister diese hohen Löhne erreichen können, während die anderen Arbeiter, die doch auch als vollwertige Arbeiter zu gelten haben, nur Prozente des Meisterlohnes erhalten haben.

Wie oben bemerkt, war deshalb der Klage stattzugeben. Es wurde nur eine genauere Fassung statt des Klageantrags gewählt.

Ein Anlaß zur Zulassung der Berufung bestand bei der einfachen Sachlage nicht.

Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts.
gez.: Falk, Amtsgerichtsrat.

Verkündet am 24. Dezember 1931.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.
gez.: Schuster.

band der deutschen Porzellanindustrie Verhandlungen über eine Lohn- und Tarifregelung für die Porzellanarbeiterschaft Deutschlands anzubahnen, begannen im Herbst 1917 die oberfränkischen und oberpfälzischen Porzellanarbeiter, merklich unter dem Einfluß der Gewerkschaften, abermals unruhig zu werden und führten Streitigkeiten in den einzelnen Betrieben herbei.

So sahen seinerzeit die Kriegsämter die Dinge an. Daß die Porzellanarbeiterschaft wegen der geradezu kulimässigen Entlohnung und wegen der ungenügenden Ernährung unruhig werden mußte, konnte das Kriegsamt anscheinend nicht einschen. Die eigentlichen Ursachen zur Unruhe und zum Streit waren ihm nicht bekannt, der Einfluß der Gewerkschaften waren eben daran schuld. So war es damals. Man muß immer wieder daran erinnern, damit das nicht vergessen wird.

Eines hätte der Verfasser in diesem Zusammenhang noch mit anführen sollen, nämlich das, daß die Unternehmer ihren Export in Devisen betätigten, und diese auf neutralen Banken sicherstellten, und daß die Belegschaften zum schon stark schwindenden Markkurs entlohnt wurden. Infolge dieses Umstandes spielten bei den verschiedensten Fabriken die Löhne kaum eine Rolle, und doch wurden sie äußerst niedrig gehalten. Auch dieser Umstand führte zu der gerechten Empörung der Porzellanarbeiterschaft.

Aufschlußreich sind auch die Ermittlungen des Arbeitgeberverbandes und des Keramischen Bundes über die Verteilung der Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen in den verschiedensten Zweigen der feinkeramischen Industrie, über die Beschäftigung von Lehrlingen und die dazu gemachten Feststellungen.

Im Kapitel Heimarbeiter heißt es: „Elektroporzellan- und Steingutfabriken beschäftigen keine Heimarbeiter.“ Diese Feststellung ist nicht richtig. Der Verfasser ist in bezug auf die Elektroporzellanindustrie falsch unterrichtet worden. In dieser sind auch, besonders mit dem Verputzen von Niederspannungsartikeln, Heimarbeiterinnen beschäftigt worden. Auch das ist nicht richtig, daß ein geschickter Porzellanmaler „Farben so zu legen versteht, daß er nennenswerte Einsparungen erzielen

kann. Die nennenswerten Einsparungen möchte ich einmal sehen.

Wenn ein Kapitel die günstige Wirksamkeit der gewerkschaftlich zusammengefaßten Kraft der Porzellanarbeiterschaft beleuchten kann, so das über die Entwicklung der Tariflöhne der über 24 Jahre alten Arbeiter der Ortsklasse B.

In Prozentzahlen ausgedrückt, sieht die Entwicklung im Vergleich zu der der Lebenshaltung so aus:

Jahr	Tariflöhne	Lebenshaltungskosten
1924	100	100
1924 Ende	126	98,6
1925 Ende	152,9	110,4
1927 Ende	171,3	119,9
1928	192,2	120,3
1929	199,2	122,5
1930	203,8	117,6

Damit läßt sich nun etwa auf keinen Fall sagen, daß die Porzellanarbeiter zuviel verdienten. Es ist darin nur die mit Hilfe der Gewerkschaftsmacht erkämpfte Entwicklung dargestellt. Die kann sich sehen lassen. Der Wert der Gewerkschaften kommt darin zum Ausdruck und sollte jedem Nichtorganisierten einleuchten.

Die Zahlstellenleitungen werden auf dieses Buch damit verwiesen und sollten nicht versäumen, es sich anzuschaffen, es enthält Material, das sich sehr gut im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verwenden läßt. E. Nenninger.

Zur Staublungenfrage

Uns wird geschrieben: Für den deutschen Arbeiter ist schon in der Wiege durch die Sozialversicherung mehr als hinreichend gesorgt. So reden Professoren ihren Zuhörern vor. Wie wenig diese Worte wahr sind, zeigt die Behandlung der Staublungenkranken. Diese bedauernden Opfer des Kapitals werden von einem Arzt zum anderen zur Untersuchung geschickt. Rente bekommen sie meist erst nach langwierigen, zermürbenden Streitverfahren. Leider muß man feststellen, daß auch die Spruchinstanzen in dieser Beziehung versagen. Sonst wäre es nicht möglich, daß eine derartige Instanz zwei Gutachten von Ärzten, die den betreffenden Patienten jahrelang behandelt haben, einfach unbeachtet läßt, während die Gutachten solcher Aerzte, die den Kranken nur einmal vorübergehend untersucht haben, für sie maßgebend sind. Da muß doch etwas nicht stimmen? Es ist anscheinend soweit, daß, solange nicht feststeht, daß der Kranke kurz vor seinem Ende steht, er keine Rente erhält. Meistens wird erwartet, bis er gestorben ist. Es sind schon verschiedene Fälle zu verzeichnen, daß die Erkrankten vor Erteilung des Rentenbescheides oder bevor von den Oberversicherungsämtern bzw. vom Reichsversicherungsamt eine Entscheidung gefällt wurde, gestorben waren.

Ein Kapitel für sich ist die durch die Staublungen entstehende Herzerweiterung. Hier gehen die ärztlichen Gutachten weit auseinander. Die Aerzte, die Staublungenkranken längere Zeit in Behandlung haben und die Wirkung des kieselsäurehaltigen Staubes auf das Lungengewebe kennen, stellen fest, daß, sowie sich die Staublungen verschlimmern, auch das Herz in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist dieses schließlich sogar für einen Laien verständlich. Das Blut reinigt sich bekanntlich in der Lunge. Wenn nun die Lunge infolge des in ihr vorhandenen Staubes und der damit beginnenden Lungenstarre nicht mehr richtig arbeitet, wird das Blut nur mangelhaft gereinigt und das Herz muß erhöht arbeiten. Dadurch werden mit der Zeit die Herzbeschwerden hervorgerufen. Aerzte, die einen Kranken nur einmal untersuchen, können deshalb kein einwandfreies Gutachten abgeben. Wie kommt es denn, daß alle Staublungenkranken Arteriosklerose haben? Ist dieses Zufall? Es muß also ein Zusammenhang zwischen Staublungen und Arteriosklerose bestehen, denn sonst müßte doch einmal mindestens ein Patient darunter sein, der nur staublungenkrank wäre, ohne auch gleichzeitig herzkrank zu sein; wenigstens in den ersten Stadien der Staublungenkrankung. Es ist aber noch kein einziger Fall bekannt und deshalb steht fest, daß bei Staublungenkranken die Arteriosklerose eine Folge ihrer Krankheit ist. Die Aerzte, die Staublungenkranken längere Zeit behandelt und beobachtet haben, haben dieses ja auch einwandfrei festgestellt. Die Spruchinstanzen, die doch nur einwandfreie Urteile und Bescheide fällen wollen, sollten sich einmal mit dieser Materie beschäftigen. Es sind vor Einführung der Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 genaue Untersuchungen und Feststellungen gemacht worden. Die Herren Aerzte, die nicht regelmäßig Staublungenkranken zu behandeln haben und doch Gutachten über solche Kranke abgeben sollen, sollten sich mit den damaligen Feststellungen und dem Untersuchungsmaterial genau bekanntmachen. Ebenso wäre dieses für die Spruchinstanzen notwen-

dig. Denn gerecht kann nur der urteilen, der bei dieser Krankheit Ursache und Wirkung genau kennt. Wie wenig manche Aerzte mit den Bestimmungen der Verordnung vom 11. Februar 1929 bekannt sind, zeigt ein Fall, in dem der betreffende Arzt dem Patienten schreibt: Es ist ganz gleich, ob Sie auf 33, 40 oder 50 Prozent eingeschätzt werden. Eine Rente wegen schwerer Staublungen können Sie erst bekommen, wenn Sie invalid, also 66% Proz. erwerbsbeschränkt sind. Es ist wohl fast mit Sicherheit anzunehmen, daß dieser Arzt sich noch sehr wenig mit der Materie Staublungen beschäftigt hat. Besonders traurig für diese armen Opfer der Arbeit ist der Umstand, daß diese Krankheit weiter fortschreitet, auch wenn der Kranke nicht mehr in seinem Beruf tätig ist. Die Lungenstarre breitet sich weiter aus, gleichviel, ob der Kranke noch in seinem Staubberufe weiterarbeitet oder nicht.

Schon mit Rücksicht auf diesen Umstand sollte man diese armen, dem sicheren Verfall geweihten Kranken etwas mehr Rücksicht entgegenbringen. Solange die Verordnung über die Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung nur auf dem Papier steht, hat sie keinen Wert für die Betroffenen. Nur wenn die Bestimmungen dieser Verordnung richtig erkannt, loyal und menschlich angewendet werden, kann diese segensreich wirken.

Zugabewesen

Im Reichsrat sind Verhandlungen über den Entwurf der Reichsregierung für ein Gesetz über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen geführt worden, die zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. In der

Vollziehung des Reichsrates wurde der Entwurf der Reichsregierung entsprechend dem Ergebnis von Ausschlußberatungen des Reichsrates angenommen. Die Anträge der Zugabebegner sind im großen und ganzen abgelehnt worden. Der Gesetzesentwurf der Regierung wird nun vom Reichsrat dem Reichstag, und zwar zunächst dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss, überwiesen. Der Reichstag muß sich in der nächsten Zeit mit dem Zugabewesen befassen. Im Reichsrat wurde mit Mehrheit beschlossen, daß das Gesetz, nicht wie vorgesehen war, nach einem Jahr nach der Verkündung in Kraft trete, sondern schon nach drei Monaten.

Großbritannien

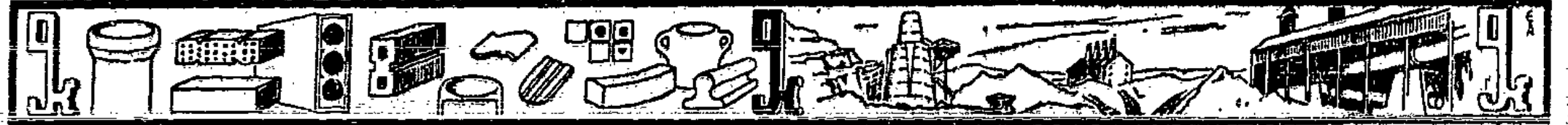
Der Zustrom von Aufträgen bei der feinkeramischen Industrie Großbritanniens, der auf die Pfundentwertung gefolgt ist, hat inzwischen bereits wieder stark nachgelassen; dennoch erfreuen sich die meisten Zweige der dortigen Industrie auch gegenwärtig noch eines weit besseren Beschäftigungsgrades als vor dem Eintreten des Pfundstarzes. Ueberhaupt gibt die Arbeitslosigkeit in der gesamten feinkeramischen Industrie des Landes eine erhebliche Milderung zu erkennen. Die Ankäufe namentlich für Rechnung des heimischen Konsums sind durch die drohende Preisfestsetzung im Zusammenhang mit der anziehenden Preistendenz auf den Rohstoffmärkten angeregt worden. Aber auch das Exportgeschäft hat sich etwas reger gestaltet, wenn es auch hinter den anfänglich gehagten Erwartungen weit zurückgeblieben ist. Der November 1931 hat eine Gesamtausfuhr von

383 681 cwt. im Werte von 306 240 Lstr. mit sich gebracht, während im gleichen Monat des Jahres 1930 330 888 cwt. im Werte von 370 956 Lstr. zum Export gelangt sind. Die Einfuhr andererseits hat sich auch noch im November 1931 in ansteigender Richtung entwickelt. Gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1930 ist eine Einfuhrzunahme zu verzeichnen: Für Steingut von 14 759 auf 40 385 cwt.; für sanitäre Toilettensachen von 2955 auf 13 306 cwt.; für glasierte Wand- und Fußbodenplatten: von 40 360 auf 63 406 cwt. Selbst die Einfuhr von Porzellanwaren gibt trotz des Safeguardingzollens in Höhe von 28 Schilling je cwt. eine Steigerung zu erkennen, und zwar von 5186 auf 7498 cwt. Mit Rücksicht hierauf fordern die englischen Fabrikanten jetzt eine weitere Heraufsetzung des Schutzzollens.

Althaldensleben

Die offene Handelsgesellschaft Schmelzer & Gerike in Althaldensleben, der die Steingutfabrik gehörte, hatte das gerichtliche Verfahren zur Befriedigung ihrer Gläubiger einleiten lassen. Das Gericht hatte dem Wunsche der Inhaber der Gemeinschuldnerin stattgegeben, den Gläubigerausschuß zu einer Verhandlung über einen Zwangsvergleich vorgeladen. An Stelle einer hundertprozentigen Forderung haben sich die Gläubiger mit einem Vergleich in Höhe von 10 Prozent abzufinden. Der Bankanspruch ist hiervon nicht betroffen worden. Als Mitinhaber tritt der Fabrikbesitzer Ley-Neuhaldensleben auf.

Ob damit der Fortbestand des Werkes als gesichert gelten kann, ist noch eine Frage. Die Bemühungen werden in dieser Richtung gehen.



Wir fordern unser Recht, wir fordern Arbeit und Brot!

Wie ein Aufschrei klingt diese Forderung, die mehr denn 150 000 Ziegler, mehr denn 30 000 Kalk-, Gips- und Zementarbeiter, mehr denn 50 000 Arbeiter der Steinzeug-, Wandplatten-, feuerfesten und Tonwarenindustrie erheben.

Seit Wochen und Monaten, zum Teil auch seit Jahren warten all diese Menschen darauf, wieder arbeiten, wirken und schaffen zu können. Sie wollen keine Almosen, sie wollen Arbeit und Verdienst, um sich und ihre Familien anständig ernähren zu können.

Warum läßt man nicht arbeiten, worauf doch jeder Arbeiter verfassungsmäßig Anspruch hat?

Warum läßt man die Betriebe verfallen, warum reißt man aus den Werken die Maschinen heraus, verkauft und verschrottet sie, warum läßt man die Maschinen stillstehen und verrotten. Warum benützt man nicht all diese Produktionsmittel, die doch Millionen und aber Millionen Anschaffungskosten verursacht haben?

Will man nicht arbeiten lassen? Will man die Arbeiter noch mehr in Not bringen, sie zermürben und knechten? Will man den Arbeiter absichtlich zur Verzweiflung treiben?

Ueber eine Million Familien müssen in elenden, überfüllten Baracken hausen, in nassen, dumpfen Kellerlöchern wohnen, müssen ausrangierte Eisenbahnwagen beziehen, weil nicht genügend Wohnungen vorhanden sind. Millionen von Menschen, vor allem den Kindern fehlt Luft, Licht und Sonne. Muß denn das sein?

Warum baut man nicht in ausreichendem Maße billige, gesunde, helle, luftige und sanfte Kleinwohnungen?

Hat nicht auch der Arbeiter ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen und etwas Behaglichkeit?

200 000 Ziegler, Kalk-, Gips- und Zementarbeiter warten darauf, daß gebaut wird, um Ziegelsteine, Kalk, Gips und Zement herzustellen.

Der Altwohnbau ist in Verfall geraten. Der Putz fällt von den Wänden, und von den Fassaden bröckelt in besorgniserregender Weise Putz und Stuck. Würden diese Arbeiter, die dringend nötig sind, ausgetrieben, hätten u. a. die Kalk-, Sand-, Gips- und Zementarbeiter weiter Beschäftigung.

Ueberall im Deutschen Reich verfallen Brücke, Straßen und Chausseen, und können nicht mehr benutzt werden. Die Erneuerung ist dringend notwendig, und der Zement-, Beton- und Schotterarbeiter hätte dann Beschäftigung.

Ebenso dringend notwendig sind Kanalisierungs- und Entwässerungsarbeiten, doch die Tonröhren- und Betonwaren-Arbeiter liegen auf der Straße.

In der Landwirtschaft versauert der Boden, und der Ernteertrag geht zurück, weil die nötige Kalkdüngung fehlt. Es wird also Kalk gebraucht; doch der Kalkarbeiter muß feiern.

Alljährlich werden durch Hochwasser und Ueberschwemmungen Schäden verursacht, deren Wiedergutmachung Hunderte von Millionen Mark erfordert. Diese Millionen könnten besser verwendet

und gleichzeitig die Schäden verhindert werden. Wasserbauten, Staudämme und Schleusen müßten errichtet werden, und Tausende von Arbeitern der Industrie Steine und Erden hätten Beschäftigung.

Arbeit ist also genügend vorhanden, und dennoch dürfen unsere Kollegen nicht arbeiten. Warum?

Angeblieh sollen die Mittel fehlen; es soll an Geld mangeln, um all die als notwendig anerkannten Arbeiten auszuführen.

Dieses Argument dürfte jedoch nur für den dummen Bruder Arbeiter Geltung haben, der sich den Leibriemen eben enger schnallen muß, wenn er Hunger hat. In unserer heutigen Wirtschaftsordnung haben immer noch die Dichterworte Heines Geltung: „Wenn du aber gar nichts hast, / Ach, so lasse dich begraben, / Denn ein Recht zum Leben, Lump, / Haben nur, die etwas haben.“

Für jene Schichten jedoch, die nicht zu der Kategorie der Arbeitnehmer gehören, werden Beträge aufgewendet in einem Ausmaße, als ob wir im Deutschen Reich im Geld schwimmen. Allein die direkten Aufwendungen, die das Reich der Industrie, den Banken und der Landwirtschaft zukommen ließ, dürften allein im Jahre 1931 mehr denn 1 1/2 Milliarden Reichsmark betragen und dienten lediglich dazu, Wirtschaftsbankrotteure wieder flottzumachen. Leute, die sich gegen Gesetz und gegen die Allgemeinheit vergangen haben, ausgesprochene Krisenmacher, werden noch prämiert.

Zu den direkten Aufwendungen des Reiches kommen nun noch die der Länder und Kommunen hinzu, und wenn man ferner die Garantien, die Reich und Länder für angeblich notleidende Industrien, Banken, Werke und Besitzungen übernommen haben, berücksichtigt, so kommt man zu vielen Milliarden Reichsmark, die der deutschen arbeitenden Bevölkerung entzogen wurden.

Empören muß es, wenn festgestellt werden kann, daß weite Kreise von

Industrie und Landwirtschaft keine Steuern bezahlen. Dem Lohn- und Gehaltsempfänger wird die Steuer rückstandslos abgezogen, und niemand fragt danach, wie er mit dem verbleibenden Geld auskommen kann. Der kleine Mann wird gepfändet, und wenn es das letzte Stück ist, wenn er keine Steuern bezahlt, und jenen Leuten, die Einschränkung, von Hunger gar nicht zu reden, nur vom Hörensagen kennen, denen werden weitere Milliarden Reichsmark geradezu geschenkt.

Die Summen, die durch übermäßige Zölle, durch Frachtermäßigungen und Exportprämien in die Taschen der Industrie und Landwirtschaft fließen, sind ziffernmäßig gar nicht zu erfassen, gehen aber zweifellos ebenfalls in die Milliarden.

Würde von diesen Milliarden nur ein Teil für die eingangs erwähnten dringend notwendigen Arbeiten verwendet werden, hätten wir eine Belebung der Bauwirtschaft, und unsere Kollegen dann ausreichend Arbeit und Brot.

Wenn aber Reich und Länder Milliardenbeträge für den Besitz aufbringen können, dann haben sie auch die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, ausreichende Beträge dafür aufzubringen, daß jeder Arbeiter Beschäftigung und Verdienst hat.

Wo der Hebel anzusetzen ist, ist eingangs gesagt worden. Baustoffe aller Art sind im Lande und brauchen nicht erst eingeführt zu werden. Wird die Bauwirtschaft belebt, beleben sich auch die übrigen Industrien. Es ist ein Verbrechen am Volk, es hungern zu lassen, wo genügend Arbeit vorhanden. Nach der Verfassung hat jeder Deutsche das Recht auf Arbeit.

Regierung, beachte die Verfassung! 150 000 Ziegler, 30 000 Kalk-, Gips- und Zementarbeiter, 50 000 Arbeiter der Steinzeug-, Wandplatten-, Sand-, Kies-, feuerfesten und Tonwarenindustrie haben ebenfalls ein Recht auf Arbeit.

Dieses Recht verlangen und fordern sie!

Sind bessere Zeiten in Sicht?

In der Fachpresse der Ziegelindustrie wird eine Geschäftspoliz der Scherabecker Ton- und Falzriegelwerke AG., Scherabeck, veröffentlicht, die sehr hoffnungsvoll gehalten ist. Die Gesellschaft verteilt für das abgelieferte Geschäftsjahr aus einem Reingewinn von 0,14 (im Vorjahr 0,18) Millionen RM 15 Prozent Dividende oder vielmehr, schlägt 15 Prozent vor. Nach dem Bericht des Vorstandes sei der Absatz im Geschäftsjahr 1931 bis zum Juli noch befriedigend gewesen. Erst gegen Mitte Oktober hätte die zunehmende Absatzstauung zu einer Einschränkung der Erzeugung um 50 Prozent geführt. Am Schlusse des Jahres 1931 seien die gleichen Warenbestände vorhanden gewesen wie am Ende des vorhergehenden Jahres. Die Aussichten in diesem Jahre seien nicht ungünstig.

Auch aus anderen Teilen des Reiches sollen sich Stimmen erheben, daß die Aussichten für dieses Frühjahr als günstig zu bezeichnen seien. Die Bestände hätten sich stark verringert, und zahlreiche Ziegelwerke sollen sich mit dem Gedanken einer baldigen Neueröffnung ihrer Betriebe tragen.

Im Interesse unserer Zieglerkollegen wäre zu wünschen, daß diese optimistischen Nachrichten recht behielten und sich bald eine Belebung des Wirtschaftslebens zeigte.

Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen in der Ziegelindustrie muß es sein, schon jetzt für den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, zu sorgen, damit sie bei Wiedereröffnung der Betriebe den Unternehmern nicht auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind.

Gerade unter den Ziegeleiunternehmern gibt es eine große Anzahl, denen der Lohnraub durch die Notverordnung noch nicht weit genug geht. Bereits laufen schon wieder Kündigungen der durch die Notverordnung festgesetzten Tarife ein mit der ausgesprochenen Absicht, Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern.

Deshalb, Ziegler-Kolleginnen und -Kollegen, seid auf der Hut! Stärkt eure Waffe, damit ihr nicht schutzlos der Willkür der Unternehmer preisgegeben seid und aus der Defensive zu gegebener Zeit zur Offensive übergehen könnt.

An die Spalter!

Zu keiner Stunde, keiner Zeit, Wie auch die Stürme drohten, War Schlagkraft uns und Einigkeit, War dringende Geschlossenheit Als jetzt, fürwahr gehoten.

Des Gegners Mordstahl ist gewetzt, Wie wir es täglich sehen, Mit allen Mitteln wird gehetzt, Drum sollten folglich wir doch jetzt Erst recht zusammenstehen.

Ihr Nörgler nur fühlt Euch imman Und wollt nicht Treue halten, Euch läßt der Zwittergeist nicht ruhn, Ihr könnt darum nichts Besseres tun, Als Euch von uns zu spalten. J. W.

(Fortsetzung von Seite 50.)

Bei einem Aufkommen von rund 6 Milliarden... (Fortsetzung von Seite 50.)

Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten kann jedoch nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden.

Arbeitslosigkeit erzeugt neue Arbeitslosigkeit, Not erzeugt größere Not.

Organisierte Inflation in USA.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird ein weiterer Versuch unternommen, den schädlichen Wirkungen der Deflation entgegenzuarbeiten.

Schaffen müssen es sein, die mit großem Nachdruck die Öffentlichkeit mahnen, sich dem großen entscheidenden Problem der Arbeitsbeschaffung ernsthaft zuzuwenden.

Andornteils wurde in der Diskussion davor gewarnt, die Gefahr der Inflation gering zu schätzen.

lose abstürzen zu lassen. In Gegenteil verfolgt man eine wohlabgemessene, organisierte Inflation, deren Ausmaß von vornherein begrenzt ist.

„Der Eifer, den man in Amerika an den Tag legt, um zu zeigen, daß die neuesten Finanzoperationen keine inflatorische Bedeutung haben, ist wohl gerade als eines der üblichen Zeichen einer kommenden „Inflation“ aufzufassen.“

Cassel bezeichnet weiter eine allgemeine Preissteigerung in den Goldländern als das einzige Mittel, um die Produktion und den Warenaustausch wieder zu beleben.

der Klagen konnten wir unseren Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Rechte verhelfen.

Mitgliederzahl: 2689. Das ist eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 168 Mitgliedern.

Kollege Heinz gab den Kassenbericht. Es war zu entnehmen, daß die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse mit 100 119,20 RM balancierte.

An Arbeitslosenunterstützung wurde an die Mitglieder ausgezahlt: 51 483,15 RM, Kranke 4077,90 RM, Invaliden 6907,65 RM, an Sterbegeld, Notlage und Unzugsgeld 9374,70 RM.

Bei dem Hauskonto ist ein Ueberschuß von 501,66 RM gemacht worden. An Streik- und Maßregelungsunterstützung 1200,44 RM.

Die Lokalkasse schließt mit einem Kassenbestand von 2227,21 RM ab.

In der Diskussion wurden die üblichen Einwürfe der Opposition gebührend zurückgewiesen.

Nunmehr nahm Kollege Karl vom Hauptvorstand das Wort zu seinem Referat: „Wirtschaftskrise und unser Verband“.

Die Ausgaben der Hauptkasse für Verbandsunterstützungen waren in dem letzten Jahre weit höher als die Beiträge, die der Hauptkasse zufließen.

Unter lobhaftem Beifall schloß Kollege Karl sein Referat mit dem Wunsche, in den Zeiten der Not dem Verbandsmitglied die Treue zu wahren und weiter zu werben.

Zum Schluß dankte Kollege Müller allen Funktionären und Mitarbeitern für ihre Arbeit im Interesse des Verbandes.

Mögen die noch Fernstehenden den Weg zur Organisation finden, denn nur als Gewerkschaftler vereinigt ist es möglich, die Absichten der Unternehmer zunichte zu machen.

Lohr / Generalversammlung

In der Generalversammlung wurde vom Kollegen Schuhmann der Geschäftsbericht gegeben. Trotz großer Arbeitslosigkeit gingen nur vier Mitglieder verloren.

Nach Entledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab Gauleiter Kollege Michael Dirschorl einen großzügigen Ueberblick über die Lage der Glasarbeiterchaft.

Mit einem Appell, dem Verband die Treue zu wahren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rädnitz / Generalversammlung

Ende Januar fand im Beisein des Gauleiters, Kollegen Wußmann, die Generalversammlung der Zahlstelle Rädnitz statt.

Unter dem Eindruck der jahrelangen Arbeitslosigkeit stand auch der Kassenbericht, der vom Kollegen Müller gegeben worden ist.

Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Anschießend daran hielt der Kollege Wußmann ein Referat über „Die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise“.

Die Organisation im Klassenkampf, daß es einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die Erhaltung der Kampfortwendigkeiten der Arbeiterklasse geht.

„Gesundheit“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes: Die Februar-Nummer ist erschienen.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziff. 3a, in Verbindung mit § 14, Ziff. 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Mainz, Michael Lachner, Buch-Nr. 675 876; Stettin: Franz Brunk, Buch-Nr. S II 840 651.

Arbeitsmarkt

Maler, tüchtiger Arbeiter der Auf- und Unterputzmalerei, Spezialist in der Aetztechnik, sucht für sofort Stellung.

„Eisernen Front“ für Erhaltung des neuen Staates und der Arbeiterrechte jetzt erst recht erforderlich sind, vor allen Dingen gilt es, den verräterischen Treiben der Nazibewegung und ihrer Helfershelfer ein Ende zu bereiten.

Die einzelnen Diskussionsredner wandten sich gegen das verräterische Treiben der Opposition, die auch am heiligen Orte die Einigkeit der Arbeiterschaft zu zerstören sucht.

Die Berichte der Opposition im „Volksblatt“ Nr. 24 entsprechen unter keinen Umständen den Tatsachen.

Die Arbeiterschaft von Rädnitz gelobte auf ihrer Generalversammlung erneut, in Partei und Gewerkschaft, im Reichsbanner und in der Arbeitersportbewegung für die Demokratie weiterzukämpfen und sich einzureihen in die „Eiserne Front“.

Wittenberg / Generalversammlung

Am 14. Februar hielt unsere Zahlstelle Wittenberg ihre Jahresgeneralversammlung ab.

Der vorliegende Jahresbericht wurde von den zwei Geschäftsführern an der Hand des Materials noch ergänzt.

Wohl in der Zahlstelle das Delegiertensystem herrscht, wurden aus Billigkeitsgründen auch den arbeitslosen Kollegen Sitz und Stimme in der Generalversammlung eingeräumt.

Die Mitgliederbestand wies auf Grund der vielen Stilllegungen einen Rückgang auf. Die Kassenverhältnisse ließen auch einen Rückgang erkennen.

Die Generalversammlung hat bewiesen, daß es auch anders geht, wie in einer Generalversammlung eines anderen Verbandes, wo man glaubte, durch Eigenbrötelei etwas anderes zu erreichen, und den Linientreuen Wasser auf die Mühle gab.

Nachdem der Kassierer noch die Beitragsregelung besprochen hatte, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort durch den Vorsitzenden geschlossen.

Schriften und Bücher

„Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“: Jahrgang 1931. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

„Sport und Arbeitersport“, von Helmut Wagner, erschienen bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin, Dreilindenstraße 5.

„Die Organisation im Klassenkampf“, daß es einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die Erhaltung der Kampfortwendigkeiten der Arbeiterklasse geht.

„Gesundheit“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes: Die Februar-Nummer ist erschienen.

„Sport und Arbeitersport“, von Helmut Wagner, erschienen bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin, Dreilindenstraße 5.

„Die Organisation im Klassenkampf“, daß es einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die Erhaltung der Kampfortwendigkeiten der Arbeiterklasse geht.

„Gesundheit“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes: Die Februar-Nummer ist erschienen.

„Sport und Arbeitersport“, von Helmut Wagner, erschienen bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin, Dreilindenstraße 5.

„Die Organisation im Klassenkampf“, daß es einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die Erhaltung der Kampfortwendigkeiten der Arbeiterklasse geht.

„Gesundheit“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes: Die Februar-Nummer ist erschienen.

„Sport und Arbeitersport“, von Helmut Wagner, erschienen bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin, Dreilindenstraße 5.

„Die Organisation im Klassenkampf“, daß es einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die Erhaltung der Kampfortwendigkeiten der Arbeiterklasse geht.

„Gesundheit“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes: Die Februar-Nummer ist erschienen.

Darmstadt / Generalversammlung

Am 7. Februar 1932 hielt die Zahlstelle Darmstadt die Generalversammlung ab. Von Filialen fehlten drei.

Die Kennzeichen des Jahres sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihren Folgeerscheinungen, Lohnmangel, Betriebsstilllegungen, Eingriffe in die sozialpolitisch und Arbeitsrecht und alle damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen wurden von ihm behandelt.

Die Kennzeichen des Jahres sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihren Folgeerscheinungen, Lohnmangel, Betriebsstilllegungen, Eingriffe in die sozialpolitisch und Arbeitsrecht und alle damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen wurden von ihm behandelt.

Die Kennzeichen des Jahres sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihren Folgeerscheinungen, Lohnmangel, Betriebsstilllegungen, Eingriffe in die sozialpolitisch und Arbeitsrecht und alle damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen wurden von ihm behandelt.

Katzhütte / Generalversammlung

Am 7. Februar tagte die von den Ortsgruppen beschickte Vertreterversammlung in Katzhütte.

Noch mehr als im Jahre 1930 hat das Jahr 1931 mit Not und Elend, vor allem in den Kreisen der Arbeiterschaft, gewütet.

Vor dem Arbeitsgericht und Schlichtungsausschuß waren 41 Klagen zu erledigen, 39 Verhandlungen mit Arbeitgeber.

Die Kennzeichen des Jahres sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihren Folgeerscheinungen, Lohnmangel, Betriebsstilllegungen, Eingriffe in die sozialpolitisch und Arbeitsrecht und alle damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen wurden von ihm behandelt.

Die Kennzeichen des Jahres sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihren Folgeerscheinungen, Lohnmangel, Betriebsstilllegungen, Eingriffe in die sozialpolitisch und Arbeitsrecht und alle damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen wurden von ihm behandelt.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(2. Fortsetzung.)

„Nur Joan, meine Liebe. Es tut mir leid, daß ich Sie erschreckte. Ich bin eben angekommen und wollte, bis jemand aufstehen würde, es mir ein bißchen auf einem Sofa bequem machen.“

„Wie freue ich mich, daß Sie wieder da sind! Wieviel Uhr ist es denn?“

„Kurz nach sechs.“

„Himmel! Warum ich nicht zu Bett ging? ... Ja, ich kam erst gegen vier Uhr von einer Gesellschaft heim, müde, todmüde, so daß ich auf dem Diwan zusammensackte.“

„Dergleichen dürfte Ihrem Schulmädchenteint wenig bekommen sein!“

„Stimmt, mein Kleines, meine Massagerechnung ist furchterlich. Nun lassen Sie mich ein wenig für Sie sorgen. Nichts da!“ fuhr sie fort, als das junge Mädchen protestieren wollte. „Jetzt bin ich ganz munter. Zuerst mal Licht! Diese graue Dämmerung beklemmt.“

Schon knipste sie den Kronleuchter, die Wandarme und den elektrischen Ofen an, bis das ganze Zimmer wie ein Juwelenkasten blitzte.

„O wie schön, Mary Maud!“ rief Joan. „Sie haben ja seit meinem letzten Hiersein alles verändert.“

„Hübsch, nicht wahr? Gornuikhs Kuben und Winkel gingen mir auf die Nerven — ich konnte unter diesen frostigen, kantigen Möbeln nicht leben. Dies ist der Entwurf einer Frau, Helen Dacre, die Komfort liebt wie ich. Verbreiten diese weichen samtigen Töne in Purpur und Grün nicht Behaglichkeit?“

„Mir gefallt es ausgezeichnet. Ich habe den Gornuikhsstil.“

„Im Badezimmer habe ich ihn gelassen; dort stören seine scharfen Winkel ja nicht. Gut, daß wir davon sprechen: fix ins Bad, derweile werde ich Susanna wecken.“

„Arme Susanna!“

„Gar nicht! Sie steht am liebsten in aller Herrgottsfrühe auf, aber ich ertrage dieses Herumwursteln bei Nacht und Nebel nicht. Nach dem Bad ziehen Sie einen Schlafrock von mir über, und dann frühstücken wir gemütlich am Ofen.“

Mit mütterlicher Zärtlichkeit legte sie ihren Arm um Joan und führte sie ins Badezimmer.

„Mein Gott, was für eine Kollektion von Badesalzen!“ staunte das junge Mädchen, während Mary Maud die Wasserhähne aufdrehte. „Was fangen Sie mit dem ganzen Kram an?“

„Ich kaufe sie der Prinzessin Karaylow ab, Gornuikhs Freundin — wenigstens war sie dies noch vor einer Woche. Sie versucht, drück den Handel mit farbigen Badesalzen, für die sie exorbitante Preise verlangt, ein Vermögen zusammenzubringen. Jeder Gemütsstimmung soll eine bestimmte Farbe entsprechen.“

Joan lachte herzlich. „Meine Stimmung in einem heißen Bades möchte ich als glückende Zufriedenheit bezeichnen. Was soll ich demnach wählen?“

„Folgen Sie meinem Rat und überlassen Sie die Fläschchen ihrem hübschen Aussehen! Hier ist gewöhnlicher Fichtennadelextrakt vom Schwarzwald. Sieht nach nichts aus, aber verschafft wirkliches Wohlbehagen. Also bis nachher — den Schlafrock werde ich über die äußere Klinke hängen.“

Als Joan, rosig und nach Fichtennadeln duftend, ins Wohnzimmer zurückkehrte, wartete neben dem lustigen Feuer bereits ein gedeckter Frühstückstisch. Es roch appetitlich nach gebratenem Speck, nach Toast und Kaffee.

„Ach, Mary Maud, wie leicht ist es, die Welt und ihr Ungemach mit philosophischer Ruhe zu betrachten, wenn man ein Nest wie dies sein eigen nennt,“ meinte Joan, während sie in die weichen Polster des niedrigen Sessels sank.

„Das weiß ich, mein Liebes. Das Leben, wie Sie es auffassen, ist hart. Zwei Stückchen? ... Keins? Sie sollten Zucker nehmen, das hilft gegen Ihre Magerkeit. Und jetzt erzählen Sie mir. Musten Sie die Nacht über fahren, oder sind Sie heimlich ausgekniffen?“

„Ich bin gekommen, weil ein Generalstreik vor der Tür steht.“ Joan machte es Spaß, diese Bombe in all den Luxus hineinzuzerren.

„Ein was?“

„Ein Generalstreik — keine Züge mehr, keine Omnibusse, keine Elektrische. Wahrscheinlich wird es auch kein Brot geben.“

„Aber das kann ja gar nicht sein! Zeitungsgeschwätz vermutlich! Ich wäunte, durch jene Millionen, die die Bergwerksbesitzer erheben, wäre die Angelegenheit geregelt.“

„Nein, Mary Maud. Das Geld ist verbraucht, und die Besitzer erklären, daß sie ohne Herabsetzung der Löhne nicht weiterwirtschaften können. Dabei nagen die Bergleute bereits am Hungertuch.“

„Uswegen brauchen doch die Omnibusse nicht ihren Verkehr einzustellen — ich meine, ja der Sommer kommt, wird es lange währen, bis der Kohlenstreik sich auswirkt, nicht wahr?“

„Vollkommen richtig,“ erwiderte Joan. „Und gerade, weil die Bergarbeiter längst verhungert sein würden, ehe die Wohlhabenden etwas an eigenen Leibe spüren, werden alle anderen Arbeiter sich dem Streik anschließen.“

„In unserem schwerfällig England? ... Liebes Herz, ich möchte, daß es so wäre, nur die ich vorläufig noch nicht, wie es geschehen soll.“

„Na ja, unter uns gesagt, ich weiß es auch noch nicht. Doch William Royd, mit dem ich nach London gekommen bin, ist seiner Sache sicher. ... Prachtvoller Honig!“

„Er muß gut sein, in Anbetracht der Mühe, die seine Beschaffung kostet. Also, wer ist dieser Mr. Royd? Ist sein Wort Gesetz?“

„William Royd? Mein Chef. Unser Gewerkschaftssekretär.“

„Ein Bolschewik?“

„O Gott, nein! Er hat Zwillinge.“

„Kommt das bei Bolschewiken nicht vor?“

„Das weiß ich nicht; jedenfalls ist William Royd keiner. Er sagt, er sei der typische englische Arbeiter, kein Radikaler, und Leute seiner Art machten die Revolutionen. Wenn es solchen Männern zuviel wird, kommt der Stein ins Rollen.“

„Und wann soll euer Generalstreik ausbrechen?“

„Am ersten Mai.“

Mary Maud schloß in die Höhe. „Das darf nicht sein. Ihr müßt ihn verschieben!“

„Kann man ein Erdbeben verschieben? ... Wieso stört Sie der Termin?“

„Mein Kind, diese Maiwoche ist furchtbar wichtig. Da kommt Helen Dacres Stück „Auferstehung“ heraus, an dem wir alle stark interessiert sind. Ein wunderbares Stück, glauben Sie es mir ... ein Meisterwerk! Und wenn dann weder Omnibusse, noch Taxis oder Straßenbahnen fahren, so ist die Auferstehung ruiniert.“

„Können Sie die Premiere nicht auf später verlegen?“

„Kleines, Sie ahnen nicht, was es heißt, heutzutage ein gutes Theater in London zu bekommen! Wir verhandelten monatelang, bis wir uns für drei Wochen das Princess sicherten. Warum muß Ihr dummer Streik auch gerade jetzt losgehen?“ jammerte sie.

Joan stellte ihre Tasse so heftig auf den Tisch, daß das dünne Porzellan klirrte.

„Mary Maud, Sie sollten sich schämen! Zum Teufel mit Ihrer „Auferstehung“! Die Bergarbeiter werden krepieren, wenn man ihnen nicht baldigst hilft. Und Ihrer ist es unwürdig, zu reden wie ein hochnäsiger Banause von Bloomsbury!“

Die Ältere strich sich mit der Hand über das wellige, nicht ondulierte Haar und blieb für einen Augenblick stumm. Dann blickte sie ihren Gast mit einem lieben Lächeln an.

„Verzeihen Sie mir, Joan — es war abscheulich! Wir Bloomsbury-Menschen gehen ganz in unseren Krimskrams von Kunst und Literatur auf und sind unwirsch, wenn von der Außenwelt, der wir unseren Komfort verdanken, ein Knurren zu uns dringt. Tatsächlich wissen wir über das englische Kohlenzentrum weniger als über den Mars. Aber ich will ganz zu

Ihnen stehen ... und wenn es zum Äußersten kommt, müssen Sie mir sagen, wie ich helfen kann. Ganz habe ich mein Gewissen doch nicht eingebüßt ... ich ...“ — sie sprach ganz sehu — „ich verdanke die Hälfte meines Einkommens nämlich auch der Kohle.“

„Sie? ... O Mary Maud! Und ich habe gewettert, daß die Kohlenbarone sogar für den Scheiterhaufen noch zu schlecht wären!“

„Wahrscheinlich gibt es unter uns, wie überall, schwarze und weiße Schafe. Die Direktoren werfen den Aktionären Habgier vor, während diese wiederum die Direktoren tadeln, daß sie die Gruben schlecht leiten. Wo mag der Fehler nun liegen? ... Ich bin einer der Hauptaktionäre von South-Yorkshire — könnte ich da nicht irgendwie eingreifen?“

„Nein. Der einzelne ist in einem Moment wie diesem hilflos. Nur die Masse zählt — auf beiden Seiten.“

„Aber, liebe Joan, die einzelnen bilden doch die Masse. Ich bezweifle durchaus nicht, daß es unter den Bergwerksbesitzern rohe Gesellen gibt, doch denken Sie an die Kimberleys und die Vansittarts, die Sie bei mir kennengelernt haben. Die lassen nun und nimmer einen Menschen Hungers sterben.“

„Das spielt jetzt keine Rolle,“ beharrte das junge Mädchen. „Ihr einzelnen vermögt mit allem guten Willen nichts auszurichten. Außerdem wäre es ohnehin zu spät, da die Regierung das Wort hat ...“

Das Telefon klingelte und Mary Maud nahm den Hörer ab.

„Für Sie, Joan — Mr. Royd.“

„Und nun er folgten diese kurzen Antworten: „Ja, ja — all right — ich komme ...“, mit denen der andere im Zimmer Anwesende nichts anzufangen weiß.“

„Mr. Royd hofft, daß er mich mit in die Gedächtnishalle einschmuggeln kann,“ erklärte Joan dem Hörer an seinen Platz legend. „Ich soll ihn um zehn Uhr am Eingang treffen.“

„Und was ist dort?“

„Die Gedächtnishalle ist unser Großes Hauptquartier. Alle Exekutiven der Gewerkschaften, der Generalrat, der parlamentarische Ausschuß und alles, was in der Arbeiterbewegung einen Namen hat, entscheidet dort, wie den Bergleuten geholfen werden kann. Oh! ... Die ernsthafte Joan verwandelte sich in ein kleines Mädchen.“

„Ich werde glatt sterben, wenn ich nicht hineingelange!“

„So, wirklich? Nun, da es erst kurz nach sieben ist, werden Sie sich vorläufig erst einmal hinlegen und zwei Stündchen schlafen. Fräulein Quecksilber, und später bringt mein Wagen Sie zur Halle.“

Joan hatte sich kaum bequem auf dem Diwan zurechtgekuschelt, so fielen ihr auch schon die müden Augen zu. Sinnend betrachtete Mary Maud das schmale Gesichtchen. Eine merkwürdige Mischung von Kind und Weib; ein junges Mädchen, doch mit außerordentlicher Befähigung zur Führerschaft ...

Und die ältere Frau sandte ein stummes Gebet zum Himmel, daß bei dem Zusammenprallen von Haß, in den die andere sich leichten Heizens stürzte, irgendeine Macht diesen magere, nervenbebenden Körper vor dem Schlimmsten bewahren möge.

Weder der Verlust von Dividenden noch die Bedrohung ihres eigenen Komforts dünkten Mary Meadows im Augenblick so wichtig wie die Aufgabe, Joan heil und unverseht durch den Sturm zu bringen.

III.

Das Treiben bei der Gedächtnishalle erinnerte Joan an einen Bienenstork. Eine Flut von Menschen strömte hinein, während sich andere wieder hinauswanden, stießen und schoben. Kommunisten und Steuerreformatoren drängten die Delegierten ihre Schriften auf. Arbeitslose Klameträger paradierten in Front der Halle. Pressephotographen umwedelten die Führer; und die unvermeidliche mildtätige Dame aus dem Mittelstand hielt es für angezeigt, eine Broschüre über Geburtenkontrolle zu verteilten. Etwas abseits ballte sich eine Gruppe Londoner Arbeiter zusammen, mit ihrer gewöhnlichen Miene froher Gelassenheit. Ein Droschkenchauffeur, seinen Gewerkschaftsknopf auf der Kragnaufschlag, ließ seine Augen mit ungeheurer Wohlwollen umherflitzen. „Hoeh der gute alte Benjamin!“ begrüßte er einen wohlbekannten Führer der Transportarbeiter, der langsam die Stufen emporstieg.

Als Joan den Fuß in die granitne Eingangshalle setzte, wurde sie sich der grimigen Inneneinrichtung bewußt, daß vielleicht gerade von diesem kalten Tempel bürgerlicher Respektabilität eine große soziale Erhebung ihren Ausgang nehmen würde.

William Royd trat ihr mit einem langen Gesicht entgegen.

(Fortsetzung folgt.)



Wie steht es um die Frauenarbeit?

Auf die Frage könnte man die kurze Antwort geben: Ebenso schlimm wie um die Erwerbsarbeit überhaupt! Doch wollen wir uns über die Aussichten für die Massen der Fabrikarbeiterinnen im rationalisierten Produktionsprozeß klar werden und die behördlichen Feststellungen und Ansichten der Gewerkschaften näher betrachten. Mancher Zeitgenosse weiß sich heute keinen anderen Rat als über die ganze Frauenarbeit, über proletarische „Doppelverdiener“, usw., zu schimpfen, statt mit den Gewerkschaften für eine planvolle Wirtschaft und bewußte Ueberwindung des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu kämpfen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß trotz des starken Anteils der Frauen am Produktionsprozeß sich die Krise oder der Rückgang der Arbeitsgelegenheit auch auf die Frauen auswirkt. Betriebseinschränkungen und Entlassungen vermehren nicht nur die Zahl der arbeitslosen Männer, sondern auch die der Frauen und Mädchen. Wir können sie täglich zum Arbeitsamt pilgern sehen, wo sie besonders jetzt angesichts der Tatsache, daß es mehr als sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland gibt, leider nur noch schwach die Zuweisung einer neuen Arbeitsstelle erhoffen können. Im Kampf ums Dasein streben die Kolleginnen natürlich vorwärts, auch bei der geringsten Aussicht auf einen kleinen Verdienst immer vor harten Müß getrieben. Nicht frei: Entschlußkraft! ... sie Haushalt und Familie verlassen. Nicht „moderne Abneigung“ hinsetzen, wie junge Mädchen daran, eine Frau zu werden, sondern hier ist es die Krise, die die Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterschaft, die den Ausschlag gibt.

Die wertvollen Besichtsberichte 1930 ließen im Hinblick auf die Frauenerwerbsarbeit aber erkennen, daß ... in der Krise der Anteil der Frauen am Produktionsprozeß leicht im Sinken begriffen ist. Der Bericht aus Sachsen sagt z. B., daß ein kleiner Anstieg des Anteils der Frauenarbeit an der Gesamtarbeiterschaft um 3,5 v. H. zu verzeichnen ist. Von 160 über 16 Jahre alten Arbeitnehmern im Jahre 1928 waren 31,8, 1929 31,7 und 1930 35,1 weibliche Arbeitskräfte. Aus Thüringen wird berichtet, daß im allgemeinen eine Abnahme der Arbeiterinnen zu verzeichnen sei um 10 861, doch in einzelnen Gewerben die teuren männlichen Arbeitskräfte durch Frauen ersetzt und die Gruppen eine kleine Zunahme zu verzeichnen hatten. Der Bericht aus Württemberg erwähnt, daß in den Betrieben mit fünf und mehr Arbeitnehmern die erwachsenen männlichen Arbeits-

kräfte vermindert wurden um 15,9 v. H., und die erwachsenen weiblichen Arbeitskräfte um 7,3 v. H. Es geht also aus diesen Berichten hervor, daß der Rückgang der Arbeitsgelegenheit für Männer stärker war als für Frauen. Eine direkte Zunahme der Frauenarbeit wurde auch aus Lippe gemeldet. In diesem Bericht heißt es: „Während die Zahl der männlichen Arbeiter stark abgenommen hat (um 8,3 v. H.), hat die Zahl der Arbeiterinnen um 6,1 v. H. zugenommen. ... Der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Jahre 1930 betrug 24,1 v. H., gegenüber 21,7 v. H. im Jahre 1929.“ (Schluß folgt.)

Freiberg. Funktionärinnenkonferenz

Die Zahlstelle Freiberg in Sachsen hielt am 7. Februar eine Funktionärinnenkonferenz ab, die sehr gut besucht war. Kollege Tempel wies auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die große Arbeitslosigkeit, besonders in der Glas- und Porzellanindustrie, hin. Auch die Porzellanfabrik Freiberg, welche etwa 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigte, hat ihre Pforten nun endgültig geschlossen.

Kollegin Anna Hanns (Mitglied der Arbeiterinnen-Gaukommission) sprach über „Die Rechtlosigkeit der Frau in der Vergangenheit und der Gegenwart.“

Die Referentin verwies in ihren Ausführungen auf die Kämpfe, die die arbeitenden Frauen um ihre wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung zu bestehen hatten. Sie striffte ferner die Frauenausbeutung im Frühkapitalismus, zum Beispiel die langanhaltende Arbeitszeit der Frauen und Kinder, wo täglich noch 14 bis 16 Stunden in feuchten, staubigen und unhygienischen Arbeitsräumen gearbeitet werden mußte. Es wurde keinerlei Rücksicht auf den körperlichen Zustand, Alter oder auf schwangere Frauen genommen. Es bestanden ja zu dieser Zeit überhaupt noch keine Schutzbestimmungen. Die freien Gewerkschaften, die sich im ADGB zusammengeschlossen haben, trafen immer in erhöhtem Maße für besseren Lohn, für Tarifverträge, für Ueberstundenzuschläge, für Urlaub und für den Achtstundentag ein. Für sie galt das Prinzip: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn.

Der Frauenüberschuß im erwerbsfähigen Alter ist eine Folge des männermordenden Krieges, indem auf deutscher Seite zwei Millionen im besten Alter stehende Männer vernichtet und dadurch zwei Millionen Frauen auf die Ehe verzichten mußten. Sie sind somit auf sich selbst angewiesen und mußten ihren Lebensunterhalt durch Fabrikarbeit

verdienen. So haben wir heute Industriezweige die ohne Frauenarbeit einfach undenkbar sind. Die Rednerin betonte zum Schlusse ihres Referates, daß die Frau den wirtschaftlichen und politischen Kampf aufnehmen muß. Sie einreihen in die politischen Organisationen des Proletariats, insbesondere in die freien Gewerkschaften, die jederzeit für die Gleichberechtigung der Frau in Staat und Wirtschaft eingetretten sind. Ist eine Pflicht für die Frauen. Ihre grundsätzliche Einstellung stützt sich auf die großen sozialen Ideen in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Der Kollege Tempel betonte die Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen. In den Betrieben muß alles getan werden, um die noch fernstehenden, unorganisierten Kolleginnen und Kollegen restlos der Organisation zuzuführen. Nur die Organisation, die Millionen Kämpfer in ihren Reihen hat, vermag zu helfen und entsprechend ihre Kraft auszuüben. Deshalb ist neben der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterinnen auch die politische Organisation unbedingt erforderlich.

Die anwesenden Funktionärinnen brachten am Ende der Konferenz einmütig zum Ausdruck alles zu tun, zum Nutzen der Organisation, zu wünschen, bald wieder eine derartige Zusammenkunft zu veranstalten. H. H. A. N. N. S.

Selb. Frauenversammlung

Am 16. Februar sprach in einer gut besuchten Versammlung die Kollegin Reichstagsabgeordnete Anna Zammert, Hannover. Die Referentin verstand es, die Stellung der Frau in der heutigen Wirtschaft zu zerpfücken. Sie schäuferte die Frauen- und Kinderarbeit im Frühkapitalismus und beleuchtete die Ausbeutung der Frauen im heutigen kapitalistischen System. Auch machte sie darauf aufmerksam, daß noch recht viele Frauen die Schutzbestimmungen nicht beachten und die Arbeitszeit nicht einhalten. In der Porzellanindustrie gibt es sehr viele Frauen und Mädchen, die mit ihrer Gesundheit Raubbau treiben. Die Folge ist, daß recht häufig schwere Frauenkrankheiten auftreten, und daß nicht selten der Familie die Mutter frühzeitig entrisen wird. Sie forderte die Frauen als Gleichberechtigte auf, mehr noch wie seither einzutreten in die Reihen der Kämpfer. Würden die Nazis zur Macht gelangen, würden die wenigen Rechte der Frauen zum Töufel sein; denn im Dritten Reich muß die Frau Magd und Dienerin sein.

Kollege Rüter konnte zahlenmäßig die starke Zunahme der Frauenarbeit in der Porzellanindustrie nachweisen. Er führte weiter aus, daß die katastrophale Wirtschaftslage in Selbst in vielen Familien zu Verzweiflungsakten führt. Deshalb müssen wir die Wankeimütigen und Verzweifelten aufmuntern; denn einmal kommt der Wendetag.